

Landesnaturschutzgesetze, Novellierungsstand Bundesländer

(Die Angaben beruhen v.a. auf Telefonaten mit Vertretern der zuständigen Abteilungen in den Umweltministerien bzw. Recherchen in den Landtagsinformationen. Aktuellstes steht jeweils „oben“.)

1. Bundesländer, die ihr Naturschutzgesetz schon an das Bundesnaturschutzgesetz angepasst haben

Bundesland	Stand
Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz am 30.11.2005 im Landtag beschlossen • September 2005: Auswertung der eingereichten Stellungnahmen, Gesetzesbeschluss bis Ende 2005 geplant • Kuratorium Sport und Natur hat am 08.07.2005 Stellungnahme eingereicht. • Erstes Treffen mit Sportverbänden: Januar 2003, danach zunächst nur langsame Weiterarbeit; Herbst 2003 große Verwaltungsreform, alles andere zurückgestellt
Bayern	<ul style="list-style-type: none"> • Seit 01.08.2005: Neues Gesetz in Kraft getreten. • Stellungnahme Kuratorium im April 2005 eingereicht • Zunächst Verzögerungen wegen FFH-Nachmeldungen
Berlin	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz in 2. Lesung am 29.6. 2006 vom Abgeordnetenhaus beschlossen. • März 2006: Gesetzentwurf immer noch beim Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz; Beratung für April 2006 vorgesehen. • Herbst 05, 1. Lesung und Überw. an Umweltausschuss; November 2005: Sitzung zwischen Kommission Sport und Umwelt und Senatsverwaltung: In Gesetzentwurf aufgenommen: Sicherung von Erholung und natur- und landschaftsverträglichem Sport, frühzeitiger Informationsaustausch, Vertragliche Vereinbarungen, Reiten wird wie bisher behandelt, Anerkennung ebenfalls wie vorher • Frühjahr 2005: Entwurf fertig, Senatsbeschluss August 2005 • Anhörung der anerkannten Berliner Naturschutzverbände im Herbst 2004 • 2002/2003: LSB in Diskussionsrunden eingebunden, unproblematisch, keine Konflikte; Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport war mit Entwurf einverstanden. Man möchte Kuratorium nicht direkt vorab einbeziehen, sieht keinen Bedarf. Zusendung des Entwurfs, wenn öffentlich. Inhaltl. Vorgaben bzgl. Grundsätzen und frühzeitigem Informationsaustausch werden aus BNatSchG übernommen. • Zunächst sind Bereiche mit streng vorgegebenen Fristen novelliert worden (FFH- und Zoo-Richtlinie).
Brandenburg	<ul style="list-style-type: none"> • Neues Naturschutzgesetz zusammen mit Waldgesetz am 31.03.2004 verabschiedet. • Öffentliche Anhörung mit Sportverbänden (auch LSB) hatte Anfang 2002 stattgefunden, Landessportbund war eng in Entwurfsphase einbezogen; Verzögerungen im Verfahren sportunabhängig. Im Sport gab es Unstimmigkeiten bzgl. Betretungsrecht (Reiten/Wanderwege), die aber durch eindeutigeren Definition des Begriffs „Wege“ nach Aussage des Ministeriums geregelt werden konnten. • Gesetz liberalisiert das bisher auf markierte Wege beschränkte Reiten; gestattet Nutzung gleicher Wege durch Wanderer, Radfahrer, Reiter.
Bremen	<ul style="list-style-type: none"> • 23.02.06 Gesetz in 2. Lesung im Landtag beschlossen, am 18.3.06 in Kraft getreten • Kuratorium hat im April 2005 eine Stellungnahme eingereicht; 14.12.05: 1./2.

	<p>Lesung im Landtag.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zunächst sehr lange Verzögerungen durch andere Prioritäten.
Hamburg	<ul style="list-style-type: none"> • Beschluss am 28.3.07 in der Bürgerschaft: Neu und einzigartig: Gesetzlich verankertes Beteiligungsrecht für Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer (§ 40 b; CDU-Änderungsantrag) • Beratung am 11.01. und 06.2.2007 im Umweltausschuss der Bürgerschaft • Anhörung am 5.12. in Umweltausschuss (unter Protest und Auszug der Naturschutzverbände, die Ausschuss „Alibiveranstaltung“ vorwarfen); keine Sportvertreter dabei. • November 2006: Entwurf liegt bei Umweltausschuss der Bürgerschaft. • Entwurf von Mai 2006 zur Anhörung von Hamburger Verbänden bis Ende Juni 2006; LSB hat keine Stellungnahme abgegeben, sieht Entwurf unproblematisch; Senatsbeschluss für September geplant, anschließend in Bürgerschaft • Bis März 2006 hatte sich nichts Weiteres getan. • Oktober 2005: Kooperation mit Landessportbund bzgl. Stellungnahme vereinbart. • Frühjahr 2005: Wiederum Verzögerungen, nach wie vor interne Arbeit am Entwurf, Senatsbeschluss und Verbändeanhörung vor Sommerpause vorgesehen; ob Sport in Anhörung einbezogen wird, entscheidet Senat. • Es hat Anfang September 2004 eine Sachverständigen-Anhörung zu verschiedenen Punkten stattgefunden, nicht sportrelevant. • Behörde wurde nach den Wahlen im Frühjahr 2004 umstrukturiert.
Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Dritte Lesung und Verabschiedung am 23. November 2006 • Zweite Lesung 6.10. 06, wiederum Überweisung an Umweltausschuss, Auseinandersetzungen bzgl. Schutz von Streuobstwiesen und Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten. • 17.5. Erste Lesung im Landtag, überw. an Umweltausschuss, September Anhörung vorgesehen; in geänderten Entwurf Inhalte der Stellungnahme des K. nicht übernommen. • 9. März 06: z.Zt. neue Ressortabstimmung, Kabinettsbeschluss für April geplant, für Anfang Mai 1. Lesung im Landtag vorgesehen • Stellungnahme Kuratorium am 13.01.2006 eingereicht. • „Hessische Linie“: Es soll nicht „zuviel“ im Sport gesetzlich geregelt werden, das meiste sei ohne Gesetze zu regeln, gerade im Konflikt Sport-Natur; es existieren viele Vereinbarungen; momentan kaum Konflikte.
Nordrhein-Westfalen	<ul style="list-style-type: none"> • 2. Lesung und Beschluss am 13. 6. 2007 im Landtag • Öffentliche Anhörung am 23. April im Umweltausschuss (LSB-Vertreter anwesend) • Erste Lesung im Landtag am 24. Januar 2007, Überweisung an Umweltausschuss; • November 06: Entwurf in den Landtag gegeben. • Juli 2006: Nach Regierungswechsel wiederum Novellierung vorgesehen: Entwurf liegt bereits vor, sieht Kürzungen vor, z.B. Abschaffung der Beiräte bei höheren und obersten Landschaftsbehörden; für Sport keine Verschlechterungen erkennbar. Kurze Stellungnahme mit Anregungen Anfang September eingereicht. • 04.05.2005: Neues Gesetz vom Landtag beschlossen; • Landessportbund war in Verfahren einbezogen, Kuratorium hat über U. Clausing Inhalte eingebracht
Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> • September 2005: Gesetz wurde am 14.09. vom Landtag beschlossen. Im Oktober in Kraft getreten. • Kuratorium hat Stellungnahme im Herbst 2004 abgegeben

Saarland	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz mit Änderungsantrag des Umweltausschusses am 05.04.2006 in 2. Lesung angenommen. (Änderungen gegenüber Entwurf bzgl. Betreten zugunsten Reiten + bzgl. kommerzieller Veranstaltungen.) • Auswertung der Anhörung in März im Umweltausschuss • November 2005: zum überarbeiteten Entwurf, der bereits im Landtag ist, nochmals Stellungnahme eingereicht. • 2005: Keine weitere Anhörung vom Ministerium; vor Sommerpause 2005 Entwurf in Landtag, dort weitere Anhörung der Verbände, die 2003 einbezogen waren. • Im November /Dezember 04 Umstrukturierungen im Hause, Novellierung in andere Abteilung (Landwirtschaft) verlegt. • Ursprünglicher Gesetzentwurf, zu dem auch das Kuratorium im Dezember 2003 eine Stellungnahme abgegeben hatte, wurde aufgrund zahlreicher Einwände von Verbänden komplett überarbeitet.
Sachsen	<ul style="list-style-type: none"> • 2. Lesung am 14.3.2007: Gesetzentwurf mit einigen Änderungen angenommen. • Januar/Februar 2007 Beratungen im Umweltausschuss • Anhörung des Umweltausschusses Anfang November: Inhalte der Stellungnahme des K. bzgl. Betreten, Eingriffen und Vertragsnaturschutz wurden nicht berücksichtigt • Kabinettsbeschluss 18.7. , 1. Lesung im Landtag Mitte September; • Juni 2006: Entwurf in Teilen geändert. • Entwurf Anfang Februar 2006 freigegeben; Stellungnahme am 20.03. abgegeben. • November 2005: Verzögerungen, Kabinettsvorlage auf dem Weg. Entwurf wird frühestens Anfang Dezember 2005 freigegeben. • Verbandsanhörung soll bis Frühherbst stattfinden. Novellierung des Gesetzes bis Ende 2005 vorgesehen. • Im Sommer 2005 zunächst Änderungen bzgl. FFH- + Vogelschutz im Gesetz • Erst seit Landtagswahl im September 04 forcierte Arbeit an Entwurf. Momentan Hausabstimmungen, dann Ressortabstimmung und vorgeschriebene Normprüfung. Kabinettsbeschluss für Mai 05 vorgesehen, dann Anhörung geplant. Kuratorium soll einbezogen werden. • Inhaltliche Auskunft (von 2003): Wenig Änderung an jetzigen Rechtszuständen, Beibehaltung von Privilegien für Klettersport. • Grundsätzlich werden Sächsischer Bergsteigerbund und Landessportbund immer einbezogen.
Sachsen-Anhalt	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz am 17.Juni 2004 im Landtag beschlossen. • Kuratorium Sport und Natur hat Stellungnahme im Mai 2003 abgegeben. • Verbände wurden einbezogen, Gespräch und Konsens gesucht, Rahmenvereinbarung mit LSB wurde angestrebt.
Schleswig-Holstein	<ul style="list-style-type: none"> • 2. Lesung und Beschluss im Landtag am 21.02.2007 • Öffentliche Anhörung am 10./11.1.07 vor Umweltausschuss • Kabinettsbeschluss im September 2006, 1. Lesung im Landtag am 13.10., überwiesen an Umweltausschuss • Erneute Novellierung im Frühjahr 2006 nach Regierungswechsel: Beteiligung LSV wird nicht mehr im Gesetz, sondern per Verordnung geregelt. Kuratorium hat Brief geschrieben, dass Beteiligung weiterhin gesichert sein muss. Abschaffung der Landschaftsrahmenpläne. • Novelle im Rahmen eines Landesartikelgesetzes im Mai 2003 im Landtag verabschiedet: Weitgehende Beteiligungsrechte des Landessportverbands festgeschrieben.

Thüringen	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz am 30.03.2006 im Landtag verabschiedet. In Zielen und Grundsätzen wurde Erholung und naturverträgliche sportliche Betätigung übernommen, auch weitere Forderungen des K. sind erfüllt worden. • Weitere Ausschussberatungen im Februar und März • Im Januar 2006 im Umweltausschuss beraten, neuer Gesetzentwurf als Neufassung, zusammengefasst mit Änderungen des Wald- und des Fischereigesetzes, die von der CDU-Fraktion eingebracht wurden. • November 2005: Ausschussberatung (Naturschutz und Umwelt), danach Übergabe einer Vorlage an Landesregierung • September 2005: Kontakt mit Ausschuss Natur und Umwelt aufgenommen. Ausschuss hat noch einmal eine Anhörung ausgewählter Vereine organisiert. Synopse und Stellungnahmen eingesehen. • Gesetzentwurf wurde im Juni 2005 in Landtag eingebracht. Danach zahlreiche Ausschussberatungen. • Verbändeanhörung hat im November 2004 stattgefunden, Kuratorium hat Stellungnahme abgegeben: Vieles aus BNatSchG für Sport Relevantes wurde im 1. Entwurf nicht umgesetzt.
-----------	--

2. Bundesländer, die offizielle Gesetzentwürfe haben; Verbandsanhörungen haben z.T. schon stattgefunden

Bundesland	Stand/Fahrplan
Niedersachsen	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschussmehrheit (CDU/FDP) beschließt am 17.09., in dieser Legislaturperiode keine Anhörung zum Gesetzentwurf der Grünen mehr durchzuführen. • Grüne haben eigenen Gesetzentwurf am 11.7.07 in Landtag eingebracht; Überweisung an Umweltausschuss (Sitzung im September) • Gesetzentwurf der Regierung wurde nach der Anhörung zurückgezogen zur Überarbeitung; angekündigt, dass dies nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode (bis Januar 2008) zu schaffen ist • Gesetzentwurf Ende Februar 2007 zur Anhörung freigegeben, Kuratorium angeschrieben, Stellungnahme Anfang April 2007 eingereicht. • November 2006: Novellierung wird vorgenommen, Entwurf ist gerade in Hausabstimmung, Kabinettsbeschluss und Freigabe zur Anhörung noch in diesem Jahr geplant. Kuratorium wird einbezogen. • Juli 2006: Zweifel, ob Novellierung noch sinnvoll ist vor Hintergrund von UGB-Plan des Bundes und Urteil des Europäischen Gerichtshofs von Januar, dass FFH-Umsetzung in D. mangelhaft ist. Unentschieden. • März 2006: noch keine weiteren Arbeiten, man wartet politische Entwicklungen ab. • November 2005: Minister ist der Meinung, dass aufgrund der geplanten Föderalismusreform das Gesetz nicht mehr novelliert werden muss. Referatsleiter ist anderer Meinung. Keine Aktivitäten bis Dezember. • Kurznovelle momentan in Kabinettsabstimmung: nur Teile enthalten, die bis Frühjahr 2005 fertig sein müssen (z.B. EU-Vorschriften, Verbandsklage). • Hauptnovelle erst nach dem Frühjahr 2005 vorgesehen. • Ministerium hat im Mai 04 Kontakt mit LSB wegen Verfahren aufgenommen, Abstimmung angestrebt • Synopse (LNatSchG alt/BNatSchG) schon m Herbst 03 fertig erstellt, Vorgehen abschnittsweise. Priorität hatte die Verwaltungsreform. • Neuer Referatsleiter hat im September 03 noch einmal das Forderungspapier des Kuratoriums bekommen und zugesagt, das Kuratorium ins Verfahren einzubeziehen.

3. Bundesländer, in denen die Entwürfe noch intern bzw. in Arbeit sind

Bundesland	Stand/Fahrplan
Mecklenburg-Vorpommern	<ul style="list-style-type: none"> • September 2007: Novelle wird auf jeden Fall Natura 2000 betreffen, ob weiteres aus BNatSchG noch umgesetzt wird oder auf UGB gewartet wird, ist noch unklar bzw. Gegenstand von internen Diskussionen. • August 2007: Novelle wird es geben, Umfang und Inhalte noch unklar • März 2007: Hausleitung noch unentschieden, ob vor dem Hintergrund der UGB-Pläne des Bundes überhaupt noch eine Anpassung an das BNatSchG vorgenommen werden soll. Entscheidung bis zum Sommer. • November 2006: Umweltministerium wurde aufgeteilt, Abt. Naturschutz gehört jetzt zu Landwirtschaft und Verbraucherschutz, momentan Neuordnung der internen Strukturen, dann vorauss. zunächst Befassung mit EU-Angelegenheiten (FFH-Nachmeldungen); NatSchG nachrangig. • März 2006: Entwurf liegt z.Zt. auf Eis, vor der Wahl im Herbst 2006 wird keine Novellierung mehr angestrebt • September 2005: Entwurf nach wie vor in Erarbeitung. Senden KSN Entwurf zu. • Arbeit am Entwurf wird konkreter, aber es gab weitere Verzögerungen; Haus- und Ressortabstimmung vor Sommerpause geplant, dann Kabinett und Verbändeanhörung, im Herbst im Landtag. Sport wird bei Anhörung einbezogen. • Vorige Novelle LNatSchG im Sommer 2002 abgeschlossen • Danach hatte Umsetzung FFH- und Zoorichtlinie Vorrang, im Sommer 2004 erfolgt

Veronika Schulz, 27.09.2007